

Corona-Virus und soziale Gerechtigkeit in Namibia*

Keywords: COVID-19, welfare politics, Namibia

Schlagwörter: COVID-19, Sozialpolitik, Namibia

Mit dem Auftreten des Corona-Virus ging in Namibia ein neuartiges Engagement der Regierung beim Kampf um soziale Gerechtigkeit einher. Dazu kam es, weil der Kampf gegen COVID-19 den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und die Befriedigung von Bedürfnissen wie Wohnung, Sanitäreinrichtungen, sauberes Trinkwasser, Nahrungsmittel und andere öffentliche Güter erfordert – Voraussetzungen, die zuvor weitgehend vernachlässigt wurden, was die Ungleichheit in Namibia verstärkt hat. Als Namibia am 21. März 1990 seine Unabhängigkeit erlangte, befeuerte dies Hoffnungen, dass die gesellschaftlichen und ökonomischen Spaltungen angegangen würden, die der Kolonialismus bewirkt hatte. Wie in einem Großteil des kolonisierten Afrika hatte auch hier der Kolonialstaat kein Interesse daran, wirtschaftlichen Nutzen zum Wohl der schwarzen Bevölkerung zu entwickeln und auszuweiten (Rodney 1972). Wie Herbert Jauch, Lucy Edwards und Braam Cupido (2009) zeigen, liegen in der deutschen und in der südafrikanischen Kolonialverwaltung die eigentlichen Ursachen für die soziale und wirtschaftliche Entmachtung, durch die sich die Kluft zwischen Reich und Arm nach der namibischen Unabhängigkeit ausgeweitet hat. Seit der Unabhängigkeit wurden keine wesentlichen Fortschritte erzielt, um diese Kluft zu schließen, und die riesige Mehrheit der Namibier*innen lebt weiterhin im Elend. Die Literatur unterstreicht dementsprechend, dass Armut und Ungleichheit nach wie vor die namibische Gesellschaft charakterisieren (Lloyd 2020; New Era Live 2020). Zwar wurden diverse politische und gesetzgeberische Initiativen ergriffen, um die Armutsquote abzusenkten, aber dem war nur wenig Erfolg beschieden, zumal die Durchführung erschreckende Mängel aufwies (Sepúlveda 2012; New Era Live 2020). Seit 1990 haben sich diese Initiativen weitgehend auf Armutsbekämpfung und

* Die englische Originalfassung dieses Artikels erschien unter dem Titel „The Coronavirus and Social Justice in Namibia“ in: *Politikon*, Bd. 48, Nr. 2, April 2021, <https://doi.org/10.1080/02589346.2021.1913803>.

menschliche Entwicklung konzentriert (Republic of Namibia 2004; 2017). Doch die erschreckenden Herausforderungen, denen sich die öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet der *governance* gegenübersteht, haben in hohem Maße Ansätze zu Entwicklungsaktivitäten und zur Reduzierung der Ungleichheit in Namibia untergraben (Ndhlovu & Remmert 2018). Namibias Anstrengungen, die kolonialen Ungleichgewichte und die Ungleichheit zu reduzieren, sind den Erwartungen seines Volkes nicht gerecht geworden.

Zehn Jahre vor dem Ablauf des regierungsamtlichen Entwicklungsplans „Vision 2030“, durch welchen der Sprung von einem Land mit unterem mittlerem Einkommen zum Status eines höheren Einkommens geschafft werden sollte, erfordern die Zieldefinitionen angesichts der gegenwärtig verschärften sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit in Namibia eine genaue Überprüfung. Denn es ist nicht zum *trickle-down* wirtschaftlicher Vorteile zu den ärmsten Gemeinschaften gekommen.¹

Zudem zeigt der jüngste *Human Development Report* zu Namibia, dass der *Human Development Index* (HDI) 2018 bei 0.645 lag, womit das Land auf Rang 130 von 189 Ländern rangiert (UNDP 2019). Das *United Nations Development Programme* (UNDP) fügt weiter hinzu, dass der HDI-Wert im Zeitraum zwischen 1990 und 2018 um 11,3 % gestiegen ist (ebd.). In der Tat, eine träge Entwicklung über 28 Jahre bei einer relativ kleinen Bevölkerung. Es ist bemerkenswert, dass die COVID-19-Pandemie die klassenmäßigen Schranken dieser Wirtschaftspolitik dennoch offen gelegt hat. Der Erfolg der verschiedenen Vorsorgemaßnahmen, die die namibische Regierung jetzt gegenüber COVID-19 ergriffen hat, ist abhängig von dem unterschiedlichen sozioökonomischen Kontext, in dem sich die verschiedenen Gemeinschaften jeweils befinden.

Doch kam es zu einer Wendung und einem erneuten Engagement, die weniger privilegierten und wirtschaftlich verwundbaren Namibier*innen zu bedenken, als die Regierung ein Sicherheitsnetz aufspannte, das *Economic Stimulus Package* (ESP), um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 abzufedern (Shiimi 2020).² Auch der private Sektor und verschiedene Unternehmen in Staatseigentum wurden aktiv, um die Regierung hier zu unterstützen. Wer mit den Verhältnissen wenig vertraut ist, könnte aus der plötzlichen Fürsorge für die Armen und den sozialen Initiativen des Staates schließen, Namibia sei ein fürsorglicher Wohlfahrtsstaat. Bei näherer Betrachtung und vor allem, wenn man die Geschichte der Kämpfe um soziale Gerechtigkeit im post-kolonialen Namibia analysiert, zeigt sich deutlich, dass dies eine neue Erscheinung gegenüber der Reihe von Regierungen

1 Sepúlveda 2012; The World Bank 2017; Lloyd 2020; New Era Live 2020.

2 Iipumbu Shiimi ist seit Anfang 2020 Finanzminister Namibias, d.Ü.

unter der *South West Africa People's Organisation* (SWAPO) ist, die sich der Einführung einer Politik der sozialen Gerechtigkeit entgegenstellten und entsprechende Maßnahmen zurückwiesen.

Dieser Artikel analysiert eine Situation, in der der Kampf um soziale Gerechtigkeit in Namibia durch COVID-19 in nie dagewesener Weise wesentlich vorangebracht wurde. Als das ESP angekündigt wurde, zählte Namibia nur 16 Fälle und überhaupt keine Toten durch COVID-19. In scharfem Gegensatz dazu hatte Namibia im Juli 2019 113 Fälle von Hepatitis E, wodurch 45 Menschen ihr Leben verloren (Jantze 2019). Es gab jedoch keine zentralisierte, relevante Reaktion des Staates wie im Fall von COVID-19. Mittels einer gemischten Forschungsmethode, die stärker auf qualitativen als auf quantitativen sekundären Daten sowie einem Ein-Fall-Forschungsdesign aufbaut, untersucht der Text die Kämpfe um soziale Gerechtigkeit im post-kolonialen Namibia und zeichnet nach, wie der Staat, der vorher zumeist Initiativen zurückwies, dieselben Maßnahmen als Reaktion auf COVID-19 aufnahm. Darauf folgen einige Überlegungen zur Zukunft der sozialen Gerechtigkeit in Namibia in der Ära nach COVID-19. Im Wesentlichen ist dies eine gegen den Neoliberalismus gerichtete Kritik, die sich den Studien anschließt, die betonen, dass ein intervenierender Staat eine reale Möglichkeit darstellt.

Vom Sozialismus zum Kapitalismus – der Wechsel politischer Positionen von SWAPO

Die frühere Befreiungsbewegung und seit 1990 regierende SWAPO war vor der Unabhängigkeit mit sozialistischen Ländern verbündet und hatte sich mit diesen identifiziert (Vigne 1987; Leys & Saul 1994). Die operative Grundlage der SWAPO und ihr Streben nach Unabhängigkeit versprachen gleichen Zugang zu den Ressourcen für alle Namibier*innen (SWAPO 1981). Das bot sich für SWAPO an, weil das deutsche wie das südafrikanische Kolonial- und Minderheitsregime der Mehrheit der Bevölkerung ökonomische Güter und Chancen vorenthielt. Im Vorgriff auf diese Transformation und Transition legte sich SWAPO auf eine sozialistische Regierung im post-kolonialen Namibia fest. Die damalige Befreiungsbewegung bekräftigte, dass

„SWAPO auf der Tagung ihres Zentralkomitees im August 1976 ein Politisches Programm verabschiedet hat, das die Partei auf eine sozialistische Transformation der namibischen Gesellschaft festlegt. [...] SWAPO hat das feste Ziel, das namibische Volk, insbesondere die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und progressive Intellektuelle in einer Avantgardepartei zu vereinen, die in der Lage ist, die nationale Unabhängigkeit zu schützen und eine klassenlose, von Ausbeutung freie Gesellschaft auf der Grundlage der Ideale und Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus aufzubauen.“ (ebd.: 285, 294)

Daraus geht klar hervor, dass SWAPOs Vorstellungen von einem unabhängigen Namibia auf den Prinzipien des Sozialismus beruhten. Die sozialistische Orientierung bildete das Fundament, auf dem SWAPOs Programm der Befreiung Namibias von kolonialer Herrschaft basierte, das Versprechen einer gleichen und gerechten Gesellschaft, die frei wäre von Ausbeutung. Das bedeutete Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen, die zuvor unter der Kolonialherrschaft vor allem für die schwarzen Gemeinschaften nicht verfügbar waren. Gerade von der Annahme des Sozialismus als System wirtschaftlicher *governance* in einem unabhängigen Namibia versprach man sich reale Aussichten, die gewaltigen Klüfte der Ungleichheit zwischen Reich und Arm auszugleichen, die der Kolonialismus hinterließ (Roemer 1994). SWAPO behielt die sozialistische Programmatik in ihrem Wahlprogramm von 1989³ bei, das die Schaffung einer gerechten und ausgewogenen Gesellschaft versprach (SWAPO 1989; Boer 2005). Wie Samuel K. Asante und Wilfred W. Asombang (1989) in ihrer zeitgleichen Analyse über die ökonomischen Optionen, die SWAPO offenstanden, vorausgesagt hatten, führte diese sozialistische Programmatik zu keinerlei sinnvollen Resultaten. Vielmehr hat sich Pragmatismus durchgesetzt. SWAPO hat die Wahlen von 1989 gewonnen und die Mehrheit der Sitze in der Konstituierenden Versammlung erreicht, die dann die Verfassung des unabhängigen Namibia bestimmte und formulierte (Melber 2007). Entsprechend übte SWAPO einen beherrschenden Einfluss auf die Grundsubstanz und Orientierung der Verfassung aus; sie gab ihre sozialistische Orientierung auf und erlaubte es der westlichen Kontaktgruppe⁴, bei der Ausarbeitung der Verfassung eine führende Rolle einzunehmen (Amupanda 2017). Häufig wird als Grund für die Kapitulation der SWAPO auf die Einschränkungen verwiesen, die mit einer am Verhandlungstisch erzielten Übereinkunft einhergingen und die Umstände bestimmten, unter denen die namibische Verfassung geschrieben wurde. Aber ein Blick auf die 30 Jahre, die seither vergangen sind, bestätigt, dass SWAPO auch jenseits der Einschränkungen durch den Übergangspakt den sozialistischen Weg dauerhaft aufgegeben hat. Dabei gab es immer Spielräume, wenn SWAPO irgendwelche sozialistischen Ideale hätte umsetzen wollen. Eine solche Möglichkeit betrifft die Prinzipien staatlicher Politik: Die namibische Verfassung besagt, dass die Prinzipien der Wirtschaftsordnung einem gemischten Wirtschaftssystem folgen sollen – dass

3 Die von den UN garantierten Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und damit zur Vorbereitung der Unabhängigkeit fanden im November 1989 statt; die dann erarbeitete Verfassung trat mit der Unabhängigkeit am 21. März 1990 in Kraft; d.Ü.

4 Die Gruppe westlicher Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und Westdeutschland), die seit 1976 eine Lösung der Namibia-Frage unter UN-Regie betrieben, was 1989 schließlich zu den Unabhängigkeitswahlen führte; d.Ü.

also sowohl sozialistische als auch kapitalistische Wirtschaftsstrategien in Namibia nach der Unabhängigkeit einen Platz haben sollten. Stattdessen ist das post-koloniale Namibia weitgehend einem neoliberalen, kapitalistischen Weg gefolgt, nach dem schon die Vorstellung einer gemischten Ökonomie suspekt ist (LaRRI 2000).

Daran zeigt sich, dass SWAPO, als sie nach den Wahlen von 1989 den Status der Regierungspartei erreicht hatte, die Prinzipien des Sozialismus aufgab, um ausländische Investitionen für die Entwicklung anzuziehen und die Unterstützung westlicher Länder für die Unabhängigkeit Namibias zu gewinnen (Jauch u.a. 2009; Schmidt 2009).

SWAPO hat nicht allein ihre sozialistische Position verändert, um sich der kapitalistischen Ordnung zuzuwenden, sie widerstand auch den meisten Befürworter*innen und den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und wies diese zurück. Als Ergebnis dieser kapitalistischen/neoliberalen Ordnung blieb Namibia eines der Länder mit der größten Ungleichheit weltweit, mit katastrophalen Folgen für die Armen, wie dies jede kapitalistische Gesellschaft kennzeichnet.⁵ Der folgende Abschnitt untersucht die Kämpfe um soziale Gerechtigkeit im postkolonialen Namibia.

Die Kämpfe um soziale Gerechtigkeit

Da SWAPO kein Programm mehr verfolgte, dass den Armen nützte – also ein Programm, wie ein sozialistischer Staat es verfolgen sollte – benötigte der Kampf für soziale Gerechtigkeit in Namibia eine neue Führung, denn SWAPO als Befreiungsbewegung musste als ehemalige Führung dieses Kampfes betrachtet werden. Die seit 1990 geltende namibische Verfassung mit ihren Grundrechten unterstützt den Kampf für soziale Gerechtigkeit in geringem Maße – sie verankert das Recht auf kostenlose Primarschulbildung und das Recht auf Kultur. Die übrigen sozioökonomischen Rechte – wie Wohnung/Unterkunft, Umwelt, Mindestlohn, Gesundheit – finden sich im Verfassungsartikel 95, der nicht in derselben Weise unmittelbar durchgesetzt werden kann wie die in der *Bill of Rights* verankerten Grundrechte (Republic of Namibia 1990; Hancox & Mukonda 2012). Daher fand der Kampf für soziale Gerechtigkeit im post-kolonialen Namibia außerhalb des Staates statt. Die Arbeiter*innen-Bewegung, die SWAPO während der Jahre des Befreiungskampfes nahestand, wurde demobilisiert und in die politische Maschinerie der SWAPO kooptiert. Sie wurde an der internen SWAPO-Politik beteiligt, und ihre Führungspersonen wurden mit Regierungsposten belohnt (Jauch 2014). Über die Kapitulation von SWAPO, die

5 Navarro 2007; Jauch u.a. 2009; Schmidt 2009; The World Bank 2019; Lloyd 2020.

Einschränkungen der neoliberalen Verfassung sowie die Demobilisierung und Kooptation der Organisationen der Arbeiter*innen-Bewegung hinaus fassen Tony Hancox und Ricardo Mukonda (2012: 160) die Herausforderungen, denen sich der Kampf für soziale Gerechtigkeit in Namibia gegenüberstellt, dahingehend zusammen, dass das Problem in der Kohärenz der Politik liegt im Mangel an Fähigkeiten, unzureichendem politischem Willen und ineffizienter Durchführung. In einem Land mit einer relativ kleinen Bevölkerung von etwas mehr als zwei Mio. Menschen und ausreichenden natürlichen Ressourcen sollte es möglich sein, die Grundbedürfnisse eines sehr viel größeren Anteils der namibischen Bevölkerung angemessen zu befriedigen.

Henning Melber, der frühere Direktor der *Namibia Economic Policy Research Unit*, zeichnet detailliert nach, wie Anstrengungen der Zivilgesellschaft und Vorschläge für Programme mit öffentlichen Arbeiten als Mittel zur Arbeitsbeschaffung und Armutsbekämpfung von der politischen Elite zurückgewiesen wurden (Melber 2010). Ungeachtet eines ausgesprochen schwierigen Umfelds haben die Organisationen der Zivilgesellschaft weiter Kampagnen für soziale Gerechtigkeit und sozioökonomische Rechte verfolgt (Lombardt & Nakuta 2014). Dazu gehören insbesondere die Kämpfe um ein Grundeinkommen (*Basic Income Grant* – BIG), einen zum Leben ausreichenden Mindestlohn und existenzsichernden Lohn, Zugang zu Wohnung und Sanitäreinrichtungen. Einigen davon wenden wir uns nun zu.

Das Grundeinkommen (BIG)

Die 2003 von der eigenen Steuerkommission der Regierung durchgeführte Überprüfung des namibischen Steuersystems konstatierte hohe Raten der Ungleichheit und Armut und empfahl als Gegenmaßnahme eine allgemeine Einkommens-Zuweisung. Als BIG empfahl die Kommission monatlich 100 N\$⁶ für alle Namibier*innen bis zum Alter von 60 Jahren (Jauch u.a. 2009).⁷ Die Kosten wurden auf lediglich drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) geschätzt; das BIG sollte durch Anpassungen des staatlichen Steuersystems finanziert werden. Da aber keine Einigung darüber erzielt werden konnte, ob das BIG durchführbar sei, blieben ernste Versuche der

6 Der namibische Dollar (N\$) ist 1:1 an den Südafrikanischen Rand gebunden; im September 2021 liegt der Kurs zum Euro bei etwa 1:17; 2003 betrug er etwa 1:10. Die Lebenshaltungskosten sind – legt man diese Wechselkurse zugrunde – durchaus mit Deutschland vergleichbar, auch wenn die duale Struktur der namibischen Wirtschaft und Gesellschaft als Erbe der Apartheid zu bedenken ist; d.Ü.

7 Alle Bürger*innen über 60 Jahre erhalten eine staatliche Altersrente, die 2003 monatlich 300 N\$ betrug; d.Ü.

Regierung aus. Jauch, Edwards und Cupido (2009: 52) fassen die Auseinandersetzungen um das BIG wie folgt zusammen:

„Aus einer Koalition von Kirchen, Gewerkschaften, NGOs und Organisationen zur Betreuung von AIDS-Kranken entstand die *Basic Income Grant Coalition*, um für die Einführung eines BIG in Namibia zu werben. Nach zwei Jahren der Debatten und der Lobbyarbeit blieb ein Durchbruch noch immer aus. Regierung, Minister*innen und Parlamentarier*innen waren weiterhin gespalten, was die Vorzüge eines BIG anging. Die Koalition entschloss sich daher dazu, das BIG in einem bestimmten Dorf durchzuführen. So sollten die Auswirkungen eines BIG in der Praxis demonstriert werden.“

Im Januar 2008 begann ein Pilotprojekt mit dem BIG in Otjivero, einer Ansiedlung mit damals 1.200 Menschen, das durch eine hohe Armutsrate gekennzeichnet war. Jede*r unter 60 Jahren erhielt für zwei Jahre ein BIG von monatlich 100 N\$. Die *BIG Coalition* argumentierte, dass wenn in Otjivero bedeutende Verbesserungen zu verzeichnen seien, das BIG auch in ganz Namibia zum Ausgleich der Ungleichheit werde beitragen können (Economic and Social Justice Trust 2019). Eine Wirkungsstudie zeigte, dass u.a. die Unterernährung von Kindern signifikant zurückgegangen war, dass Einkommen durch selbständige Tätigkeiten gestiegen waren, dass es angesichts von zunehmenden Beiträgen zum Schul-Entwicklungsfonds weniger Schulabbrüche gab (Basic Income Grant Coalition 2009). Der *Economic and Social Justice Trust* (2019: 8) erklärt weiter zu den Wirkungen des BIG in Otjivero:

„Mit der Einführung des BIG ging die Armut in den Haushalten signifikant zurück. Bezogen auf die Armutsgrenze bei Ernährung lagen im November 2007 76 Prozent der Einwohner*innen unter dieser Grenze. Dies ging innerhalb eines Jahres, als das BIG eingesetzt wurde, auf 37 Prozent zurück. Unter den Haushalten, die nicht von Zuwanderung betroffen waren, fielen nur 16 Prozent unter diese Grenze. Daran zeigt sich die dramatische Auswirkung des BIG auf die Ernährungsarmut in Namibia.“

Demnach zeitigte das BIG für die Bekämpfung der Ungleichheit in dieser Gemeinschaft ermutigende Resultate. Die Aussichten waren groß, so zu einer heilsamen sozialen Gerechtigkeit (*restorative social justice*) für Gemeinschaften zu kommen, die unter einer kolonialen sozialen und wirtschaftlichen Diskriminierung gelitten hatten. Die Ergebnisse des BIG in Otjivero boten einen bemerkenswerten Ausgangspunkt, von dem zu erwarten war, dass er politische Intervention und Engagement seitens der Regierung bewirken könne. In Anlehnung an das BIG wurde während der Dürre 2012/2013 von Organisationen der Zivilgesellschaft ein weiterer Versuch unternommen, Einkommenszuweisungen für verwundbare Gemeinschaften bereitzustellen.

Diese Initiative sollte die Folgen der schlimmsten in der Geschichte Namibias verzeichneten Dürre abfedern und erzielte bemerkenswerte Erfolge. Claudia Haarmann und Dirk Haarmann (2015: iii) erläutern:

„Während der Sommermonate von 2012/2013 ... haben die drei lutherischen Kirchen in Namibia eine gemeinsame, bar ausgezahlte Notfallzuweisung eingerichtet, die sich am BIG-Pilotprojekt in Otjivero orientierte. Diese Geldzahlung ging an alle Menschen in vier Gemeinschaften und erreichte insgesamt 6000 Leute. Die Wirkung dieser Geldzahlungen war deutlich sichtbar und bildete für die beteiligten Gemeinschaften einen entscheidenden Rettungsanker. So konnten die Menschen eine sehr schwierige Zeit überstehen. Viele Menschen berichteten, sie wären ohne diese Zuwendungen vor Hunger und Verzweiflung gestorben.“

Ungeachtet der zahlreichen Erfolge, die die BIG-Programme zu verzeichnen hatten, hat die Regierung kein wirkliches Engagement in Form politischer Initiativen gezeigt (Economic and Social Justice Trust 2019). Vielmehr lehnten Regierungsangehörige wie der damalige Staatssekretär im Umwelt- und Tourismus-Ministerium, der jetzige Gesundheitsminister Dr. Kalumbi Shangula das BIG auch dann noch ab, als die Auswertungsstudie positive Resultate ergeben hatte (Smit 2011a). Es bleibt festzuhalten, dass Hage Geingob, damaliger Minister für Handel und Industrie, sich selbst als Unterstützer des BIG darstellte und persönlich für das Pilotprojekt gespendet hat (Jauch & Tjirera 2017). 2015, als nunmehr dritter Präsident Namibias, ernannte er den früheren Vorsitzenden der BIG Coalition, Zephania Kameeta zum Leiter des neu gebildeten Ministeriums für die Ausrottung der Armut und soziale Wohlfahrt. Voller Zuversicht versicherte Kameeta der BIG Coalition, ein BIG werde innerhalb der nächsten sechs Monate verwirklicht (Economic and Social Justice Trust 2019). Doch dazu ist es nie gekommen. Geingob erwähnte seinerseits das BIG in seiner ersten „State of the Nation“-Ansprache 2016 überhaupt nicht und ebenso wenig in dem wirtschaftlichen Planungspapier *Harambee Prosperity Plan*, der im selben Jahr veröffentlicht wurde (Jauch & Tjirera 2017). Stattdessen nahmen die Staatsausgaben unter Geingob zwar erheblich zu, aber nicht für Aufwendungen im Sinne einer breiten, heilenden sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass Geingob seinerzeit sich für das BIG aus populistischen Gründen aussprach. Sobald er Ende 2019 seine zweite Amtszeit sicher hatte, ließ er Kameeta als Kabinettsmitglied fallen und löste das Ministerium für die Ausrottung der Armut auf (Nakatana 2020). Das Engagement der Regierung für die Armen war bestenfalls begrenzt und schlimmstenfalls hohl.

Der zum Leben ausreichende Lohn und der Mindestlohn

Herausforderungen im Zusammenhang mit dem zum Leben ausreichenden Lohn und dem Mindestlohn gehen in Namibia auf die Kolonialzeit zurück. Aus diesem Grund unternahm es die neue Regierung nach der Unabhängigkeit, das System der Arbeitsbeziehungen in Namibia zu reformieren. Die Verabschiedung des Arbeitsgesetzes (*Labour Act* 6/1992) bedeutete die Begünstigung von Kollektivverhandlungen durch dreiseitige Beratungen zwischen Staat, Gewerkschaften und privaten Arbeitgebern, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen einschließlich der Bezahlung zu verbessern (Jauch u.a. 2009). Die Neufassung des *Labour Act* (11/2007) sah ebenfalls keine Mindestlöhne vor, ebnete aber doch den Weg, um aufgrund von Einschätzungen Mindestlöhne zu empfehlen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Namibier*innen war für die Regierung besonders wichtig, bedenkt man vor allem die historischen Ungleichgewichte beim Einkommen und die Versprechungen im Wahlprogramm der SWAPO von 1989. Dabei lag ein besonderer Schwerpunkt auf den Löhnen am unteren Ende der Einkommensskala, deren Empfänger*innen am meisten von einem Mindestlohn profitieren würden. Doch wurden derartige Erwartungen nicht erfüllt. Daher kam es zu negativen Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der armen Arbeiterklasse (Jauch 2007). Zur Illustration des Problems der Ungleichheit in Namibia seit der Unabhängigkeit kam eine Studie über Kennzahlen zur Einkommensungleichheit aufgrund der Anteile am nationalen Gesamtkonsum 1993 zu dem Schluss (Van Rooy u.a. 2006: 14), dass

„die unteren 20 Prozent der Haushalte nur 1,85 Prozent der Gesamtausgaben pro Kopf erhalten, während die obersten 20 Prozent 74,79 Prozent der Gesamtausgaben bekommen. In ähnlicher Weise erhalten die untersten 20 Prozent der Bevölkerung 2,45 Prozent der Gesamtausgaben, während die obersten 20 Prozent 70,95 Prozent bekommen.“

Im Jahr 2009 setzte sich dieselbe Tendenz in einer verschärften Absatzspirale fort. In einem Interview mit Jauch, Edwards und Cupido (2009: 32), sagte der UN-Berater und Entwicklungs-Consultant Robert Johnson:

„Länder (wie Namibia) mit einem höheren BIP-Niveau haben mehr Spielräume, um die öffentliche Politik auf redistributive Gerechtigkeit auszurichten. Ist der Gini-Index ebenfalls hoch (wie in Namibia), so ist es sehr wahrscheinlich, dass das Volk keinen akzeptablen Anteil am nationalen Reichtum erhält. Dass Niveau des BIP zeigt, dass auf nationaler Ebene die Möglichkeit besteht, aber der Gini-Wert zeigt, dass die öffentliche Politik entweder versagt oder absichtlich unfähig ist.“

Das große Lohngefälle zwischen Arm und Reich seit der Unabhängigkeit hat sich durch das Fehlen eines von der namibischen Regierung verkündeten Mindestlohns noch verstärkt. Doch wurden wichtige Schritte in Richtung auf die Festsetzung eines Mindestlohns für Namibier*innen 2003, 2009, 2013 und 2015 im landwirtschaftlichen Sektor gemacht. Diese gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen bezeichnete das Ende der Ausbeutung der Arbeitskräfte, weil jetzt die Arbeitgeber gezwungen waren, einen Mindestlohn bzw. -gehalt zu zahlen. Auch wenn sich dies auf den landwirtschaftlichen Sektor beschränkte, war es doch sicher eine Errungenschaft. Dementsprechend wurde berichtet, dass eine Vertreterin der Internationalen Arbeitsorganisation (*International Labour Organization* – ILO), Hopolang Phororo, sagte, Namibia habe ein ordentliches Engagement gezeigt, um Arbeitgeber*innen in allen Sparten dazu zu drängen, getane Arbeit anständig zu entlohnen (Masawi 2019). Im Jahr 2017 wurde im Regierungsanzeiger die Erhöhung des Mindestlohns um 11% Prozent bekannt gegeben und damit die Pflicht, 1.502,05 N\$ pro Monat, 346,89 N\$ pro Woche und 69,37 N\$ pro Tag zu bezahlen. Zum Vergleich betrugen die vorherigen Mindestsummen 1.353,20 N\$ im Monat, 312,30 N\$ pro Woche und 62,45 N\$ pro Tag sowie ein Stundenlohn von 7,80 N\$. Der angepasste Stundenlohn betrug nun 8,67 N\$ und die Mindestbezahlung für Hausangestellte in Teilzeit, die fünf Stunden und weniger am Tag arbeiten, beträgt täglich 43,35 N\$ (New Era Live 2018). Ungeachtet dieser Steigerung reichten die neuen Mindestlöhne noch nicht zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten auf einem akzeptablen Lebensstandard. 2018 wurde ein neuer Anlauf unternommen, für einen zum Leben ausreichenden Lohn zu sorgen und der Mindestlohn nach der *Wage Order for Domestic Workers* um ein Prozent angehoben (ebd.). Demnach gibt es in einzelnen Bereichen Initiativen in Richtung eines Mindestlohns, aber es gibt in Namibia nach wie vor keinen allgemeinen Mindestlohn, der zum Leben ausreicht.

Kostenlose Bildung

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit versprach die Regierung den Bildungsbereich zu reformieren, weil hier die Bildungskonzepte der Apartheid noch fortbestanden. Die Absicht war, eine einheitliche Struktur der Bildungsverwaltung zu schaffen, die allen Namibier*innen einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung garantiert (Amukugo 2017).⁸ Aus diesem Grund sieht Artikel 20 (2) der namibischen Verfassung die kostenlose und verpflichtende Primarbildung auf Staatskosten vor (Republic of Namibia 1990). Der

8 Zuvor war der Bildungsbereich entlang der ethnisch definierten Homelands organisiert, d.Ü.

Education Act (16/2001) geht in Abschnitt 38 (1) über diese Verfassungsbestimmung hinaus und schließt auch die Sekundarschulbildung wie folgt ein:

„Die gesamte Betreuung im Rahmen der Vorschul-, Primar-, Sekundar- und spezialisierten Erziehung in staatlichen Schulen – einschließlich (a) aller Schulbücher; (b) aller Unterrichtsmaterialien; (c) aller damit zusammenhängender Lehr- und Lernmaterialien; und (d) der Prüfungsgebühren werden den Lernenden kostenlos zur Verfügung gestellt, bis sie ihre Sekundarschulbildung abgeschlossen haben.“ (Republic of Namibia 2001: 25)

Ungeachtet dieser Bestimmungen in Abschnitt 38 des *Education Act* (16/2001) haben Schulen Eltern zur Zahlung von Schulgebühren verpflichtet. Das änderte sich, als die Regierung 2013 alle Schulgebühren im Primarbereich abschaffte und das Gleiche 2016 durch die Verabschiedung des *Education Amendment Act* (14/2017) für den Sekundarbereich verfügte (Nunuhe 2019). Die Regierung hat ihr Engagement für Bildung und Erziehung dadurch gezeigt, dass sie 20 Prozent ihres Haushalts für Erziehung aufwendet und sich damit weltweit unter den ersten drei Ländern befindet, was den Prozentsatz der für Erziehung aufgewendeten Mittel am BIP angeht (USAID 2006). Die Regierung stellt sich jedoch gegen die Forderungen nach freier Hochschulausbildung mit dem Argument, dass dies zu kostspielig sei (Shikalepo 2019). Diese Debatte hat Tango Olwenongo Kandjamba (2018) zu einer Studie über die Finanzierung der höheren Bildung veranlasst. Er kommt zu dem Schluss, dass freie Hochschulbildung möglich ist, weil die Anzahl der Studierenden in den entsprechenden Institutionen relativ gering ist. Der Verweis auf die Kosten sollte daher nicht als Ausrede gegen kostenfreie Hochschulbildung dienen. Freie Hochschulbildung ist in der post-kolonialen Periode eines jeglichen Landes wichtig, um Entwicklungsprozesse anzuschieben. (Mamdani & Page 2009).

Der Kampf um das Wohnen

Die bewusste koloniale Diskriminierung, zu der es bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und allgemeiner Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Gebieten kam, hat im unabhängigen Namibia zu einschneidenden Problemen im städtischen Wohnungsbau geführt. Auf der Suche nach Lebenschancen zogen viele Leute von ländlichen in städtische Gebiete. Das führte zu einer sehr großen Nachfrage nach städtischem Wohnraum (Schmidt 2009). Aus diesen Gründen gab die namibische Regierung dem städtischen Wohnraum hohe Priorität, die staatliches Eingreifen erforderte, was durch die bald nach der Unabhängigkeit 1991 eingeleitete *National Housing Policy* auch erfolgte. Überwiegend ging es

um Gruppen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die kein Land und keine Kreditlinien bekommen können, um Wohnraum zu erhalten (Jauch u. a. 2009; Schmidt 2009). Zwar hat die Regierung das Wohnungsproblem erkannt, doch 25 Jahre nach der Unabhängigkeit wurde Namibia dennoch unter die Länder eingereiht, in denen die Immobilienpreise weltweit am schnellsten stiegen (Shinovene 2015). Die *National Housing Policy* von 1991 war nur eine unzureichende Antwort auf die durch Bevölkerungswachstum und Urbanisierung gestiegene Nachfrage nach Wohnraum in Namibia. Sie wurde daher 2009 überprüft. Dabei zeigte sich, dass 70 Prozent aller Namibier*innen, die aufgrund von niedrigem Einkommen und Armut von Hausbau-Krediten ausgeschlossen waren, keinen Zugang zu städtischem Land hatten (Gabone 2017). 2011 stellte Nico Smit (2011b) fest, dass

„Die Versorgungslücke beim Wohnraum über 80.000 Häuser beträgt. Die Mehrheit dieses Fehlbetrags beim Wohnraum findet sich im untersten Einkommenssegment des Landes, bei denen, die weniger als 1.501 N\$ im Monat verdienen; hier fehlen 45.000 Häuser. Mit geringem Abstand folgt die Kategorie jener, die zwischen 1.501 N\$ und 4.600 N\$ im Monat verdienen; hier beläuft sich der Fehlbestand auf 30.000 Häuser.“

Der hohe Fehlbedarf beim Wohnraum und der allgemeine Mangel an städtischem Wohnraum sind eine direkte Folge von Armut und Ungleichheit (Lennon 2018). In der *National Housing Policy* von 2009 wird geschätzt, dass die Nachfrage nach Wohnraum bis 2030 auf 311.000 Häuser steigen wird (Republic of Namibia 2009). Doch 2017 war der Fehlbedarf an Wohnraum nach den eigenen Berechnungen der Regierung im Rahmen des *National Development Plan 4* bereits auf über 300.000 angestiegen (Republic of Namibia 2017). Gerade Arme und Einkommensschwache blieben angesichts steigender Immobilienpreise praktisch ausgeschlossen. So verdienten 2016 90 Prozent der Haushalte in Namibia weniger als 2.700 N\$ im Monat und waren damit von den üblichen Kreditlinien für den Kauf eines durchschnittlich teuren Hauses ausgeschlossen (Lennon 2018). So erklärte die Regierung im August 2019, dass nahezu eine Mio. Namibier*innen in informellen Ansiedlungen ohne Wasser, Abwasseranlagen und elektrischen Strom lebten (Ashipala 2019). Bei einer Bevölkerungszahl von zweieinhalb Mio. Menschen bedeutet dies, dass nahezu die Hälfte der Bevölkerung in informellen Ansiedlungen lebt. In einem Wahljahr erklärte Präsident Hage Geingob die Situation in den informellen Ansiedlungen zur humanitären Krise – viele erblickten darin einen Wahlkampftrick (Ngutjinazo & Kahuirika 2019; Nakale 2019). Ungeachtet des Theaterdonners wurde nichts Substantielles vorgelegt, um die Lage der 40 Prozent

der Namibier*innen zu verbessern, die in informellen Ansiedlungen leben (Ndhlovu & Remmert 2018).

Wasser und Abwassereinrichtungen

In der *Water Supply and Sanitation Policy* von 1993, die 2008 überarbeitet wurde, wird die Notwendigkeit von Trinkwasser und Abwasseranlagen als Priorität bei der Überwindung der kolonialen Ungleichgewichte festgehalten, welche der Mehrheit der Einwohner*innen der ländlichen Gebiete den Zugang zu Trinkwasser und Abwassereinrichtungen vorenthielten (Italtrend 2009). Zunehmend wurde der Zugang zu Wasser und Maßnahmen im Abwasserbereich auch in den städtischen Gebieten zu einem großen Problem, als durch die hohe Urbanisierungsrate die Ausbreitung der informellen Ansiedlungen über alle Erwartungen hinaus zunahm (Remmert 2016). Während die Menschen, die auf der Suche nach Lebenschancen in die Städte drängen, mehrheitlich am Rande in informellen Ansiedlungen leben, bleibt das Angebot der lokalen Behörden an Wasser und Abwasseranlagen in diesen Gebieten weit hinter der Nachfrage zurück. Es sind nur noch zehn Jahre bis zum Zieldatum von Namibias „Vision 2030“, die einen gleichmäßigen Zugang zu Trinkwasser und Süßwasserressourcen für alle vorsieht. Doch es ist zweifelhaft, ob dieses Ziel erreicht wird (Republic of Namibia 2004). Dietrich Remmert (2016: 2) erklärt diese Entwicklung wie folgt:

„Die sektorale Entwicklung Namibias im Bereich Wasser und Abwasseranlagen seit der Unabhängigkeit kann grob unter drei Themenstellungen gefasst werden: Die Formulierung zusehends komplexerer und ehrgeizigerer politischer Strategien, Gesetze, Pläne und Regelwerke, von denen viele fragmentiert, unvollständig, nicht durchgesetzt und nicht durchgeführt bleiben; – Der Verlust der öffentlichen Institutionen an technischer Expertise und Fähigkeiten durch Abwanderung in den Privatsektor und Eintritt in den Ruhestand; und – der allgemeine Mangel öffentlicher Investitionen in handfeste Kapitalprojekte zusammen mit einem zunehmenden Rückstand bei der Instandhaltung der bestehenden, zunehmend unzureichenden Infrastruktur.“

Im Jahr 2016 hatten nur 17 Prozent der Namibier*innen in den ländlichen Gebieten Zugang zu verbesserten Abwassereinrichtungen, während 47 Prozent ihre Notdurft auf freiem Feld erledigten (Haidula 2016). Im Februar 2019 wurde berichtet, dass 246 Schulen in Namibia keine Toiletten für ihre Schüler*innen haben. Wo die Schulen diese Einrichtungen haben, ist die Lage auch nicht gerade ermutigend – so hatte die *Shituwa Secondary School* in der Region Ohangwena nur zwei Toiletten für 900 Schüler*innen (Haidula 2019; Haidula & Smith 2020).

Und dann kam COVID-19

Ausrufung des Notstands und Ankündigung eines Lockdowns

Nach dem Ausbruch von COVID-19 2019 in China erklärte die *World Health Organisation* (WHO) dies 2020 zu einem Notfall für die öffentliche Gesundheit von internationaler Bedeutung. Das Virus breitete sich weltweit aus, im Dezember 2020 waren weltweit über 74 Mio. Fälle bestätigt und über 1,6 Mio. Menschen gestorben (WHO 2020). Namibia gehört zu den betroffenen Ländern und registrierte seine ersten beiden bestätigten Fälle am 13. März 2020. Im Dezember 2020 betrug die Zahl der bestätigten Fälle über 18.000 bei 170 Todesfällen (Shangula 2020a). Fünf Tage, nachdem die ersten Fälle bestätigt waren, erklärte Präsident Hage Geingob am 17. März 2020 den Notstand für das Land. Zehn Tage später folgte darauf ein Lockdown für 21 Tage bis zum 17. April 2020 für zwei Regionen – die Khomas-Region mit der Hauptstadt Windhoek einschließlich der nahegelegenen Städte Rehoboth und Okahandja und die Erongo-Region (Shangula 2020b).⁹ Diese beiden Regionen galten als Orte internationaler Einreisen durch Tourist*innen als besonders gefährdet. Die ersten Fälle stammten auch aus diesen Städten. Im Rahmen des Lockdowns wurden daher Reisen in und aus diesen Regionen für dessen Dauer verboten. Alle Arbeitskräfte in öffentlichen wie privaten Betrieben mussten zuhause bleiben. Die Tagungen des Parlaments wurden abgesagt. Märkte und Bars wurden geschlossen (Shikongo 2020). Öffentliche Versammlungen von mehr als zehn Personen waren verboten. Wenige Tage vor dem Ablauf der 21 Tage wurde der Lockdown bis zum 5. Mai verlängert und erstreckte sich diesmal unter denselben Bedingungen auf das gesamte Land. Bis zum 4. Mai 2020 waren nur unverzichtbare Arbeitnehmer*innen/Dienste gemäß den im Regierungsblatt veröffentlichten Listen zugelassen.

Aufgrund der Beschwerden und Herausforderungen, denen sich normale Bürger*innen angesichts von Armut und Ungleichheit gegenübersehen, war die Regierung gezwungen, die Bestimmungen zu lockern und die Wiederaufnahme informeller Märkte und informellen Handels zu gestatten.¹⁰ Jedoch veranlasste die exponentielle Zunahme der COVID-19-Fälle in der Erongo-Region und besonders in der Stadt Walvis Bay Präsident Geingob, für die Zeit vom 8. bis zum 22. Juni zu den Bestimmungen der ersten Phase des Lockdowns für die gesamte Region zurückzukehren (Geingob 2020). Zu diesem Zeitpunkt befand sich der Rest Namibias in Phase 3 und im

9 Namibia gliedert sich in 14 Regionen; in Khomas liegt die Hauptstadt Windhoek mit dem größten Flughafen, in Erongo die wichtigste Hafenstadt Walvis Bay, d.Ü.

10 Miyanicwe 2020; Ngutjinazo 2020; Menges 2020; Republic of Namibia 2020a.

Übergang zu Phase 4., mit Ausnahme der Erongo-Region, die für die Zeit vom 22. Juni 2020 bis zum 8. Juli 2020 in Phase 3 überging.¹¹ Der Notstand und die Lockdowns endeten im September 2020.

Das *Economic Stimulus Package* (ESP)

Um die Folgen von COVID-19 für Namibia abzumildern, schnürte die Regierung ein Paket zur Stimulierung der Wirtschaft. Das ESP wurde am 1. April 2020 mit der Absicht eingeleitet, die Wirtschaft am Laufen zu halten und die nie gekannten Härten abzufedern, die durch COVID-19 im Allgemeinen und durch den Lockdown im Besonderen verursacht wurden (Shiimi 2020). In Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, den Entwicklungspartnern und anderen nichtstaatlichen Akteuren wurde die erste Phase des ESP mit der Absicht verabschiedet, die negativen Auswirkungen der Lockdown-Periode auszugleichen (Ngatjiheue 2020; Shiimi 2020). Obwohl dann der Lockdown verlängert wurde, wies das Finanzministerium dem ESP keine weiteren Mittel zu, um diese Ausweitung zu berücksichtigen. Insgesamt beläuft sich das ESP auf 8,1 Mrd. N\$,¹² die für folgende Zwecke gedacht sind:

„5,9 Mrd. N\$. zur unmittelbaren Unterstützung von Unternehmen und Haushalten sowie zur Stärkung des Geldflusses für Dienstleistungen an den Staat sowie 2,3 Mrd. N\$ zusätzliche Hilfen, die außerbudgetär von der Regierung garantiert werden, um die begünstigte Aufnahme von Stützkrediten durch Unternehmen und Einzelpersonen zu fördern... Das Paket richtet sich an formelle und informelle Unternehmen in Sektoren, die direkt und indirekt von den Lockdown-Maßnahmen und anderen externen und internen Schocks auf Nachfrage und Angebot betroffen sind; ferner an Arbeitende und Haushalte, um sowohl die Haushalte als auch die damit zusammenhängenden Aspekte des Arbeitsmarktes – etwa Bewahren von Jobs und die Milderung der Einkommenseffekte – abzusichern und für die grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen an die Haushalte zu sorgen, bspw. Trinkwasser. So sollten Gesundheit und Hygiene gefördert werden und die Namibier*innen zugleich in die Lage versetzt werden, mit den restriktiven Bedingungen fertig zu werden, die sich aus den Lockdowns ergaben, wodurch wir die mögliche Ausbreitung von COVID-19 verhindern.“ (Shiimi 2020: 2)

Das ESP zeigt ein erfrischendes Engagement der Regierung, um normale Namibier*innen darin zu unterstützen, die Herausforderungen im Zusammenhang mit COVID-19 abzumildern. Im Gesamtrahmen des ESP ragt für die in diesem Text verfolgten Fragen das Emergency Income Grant heraus.

¹¹ Die „Phasen“ bezeichnen sukzessive Stadien der Lockerung, d.Ü.

¹² Etwa 468 Mio. €, d.Ü.

Emergency Income Grant

Als Teil des ESP wurde ein *Emergency Income Grant* (EIG) vorgesehen, um Haushalte zu unterstützen, deren Einkommen sank oder ganz wegfiel, die unter dem Verlust von Jobs, Gesundheitsausgaben und anderen Herausforderungen litten, die auf COVID-19 zurückgingen. Das EIG umfasst eine einmalige Zahlung von 750 N\$ für diejenigen, die arbeitslos, zwischen 18 und 60 Jahre alt sind und keine anderen sozialen Zuwendungen erhalten (Deloitte 2020a). Das Finanzministerium sagte die Auszahlung des EIG höchstens sieben Tage nach Antragstellung zu. Die Anträge wurden von der *Social Security Commission* (SSC) und andere Akteur*innen des Finanzsektors und der Kommunikationstechnologie bearbeitet, die über Voraussetzungen wie automatische Bank-Operationen verfügten (Ngatjiheue 2020). Die 750 N\$ orientierten sich an der nationalen Armutsgrenze, die 250 N\$ pro Person und Woche vorsieht. Doch zum Zeitpunkt der Ankündigung des EIG befand sich Namibia in einem Lockdown von 21 Tagen, und die Regierung hielt sich bedeckt, ob für die Verlängerung von 16 Tagen weitere 500 N\$ zur Verfügung gestellt würden. Für das EIG wurden 562 Mio. N\$ im Rahmen des ESP bereitgestellt (Shiimi 2020). Die ersten Auszahlungen begannen nach dem 14. April 2020 (Ngutjinazo 2020). Am 16. April 2020 gab das Finanzministerium bekannt, dass die Summe von 110 Mio. N\$ an 146.974 Antragsteller*innen ausgezahlt worden sei. Am 22. April 2020 waren 579.000 Anträge eingegangen, von denen nur 234.300 mit einer Gesamtsumme von 176 Mio. N\$ genehmigt wurden. Leider wurde auch berichtet, dass 148.000 Anträge abgewiesen wurden (Brandt 2020; Oliveira 2020). Am 6. Mai 2020 waren weitere 970.720 Anträge für das EIG zum Stichtag am 30. April 2020 eingegangen, von denen 576.104 im Gesamtumfang von über 432 Mio. N\$ angenommen und 394.616 abgelehnt wurden (Beukes 2020). Damit kamen insgesamt 957.378 Namibier*innen in den Genuss des EIG. Die Antragssteller*innen mussten ihre Mobiltelefone zur Antragstellung benutzen und ihre Identitätsnummern angeben. Das EIG litt unter zahlreichen Schwierigkeiten wie Misstrauen und Unzufriedenheit, was das Finanzministerium veranlasste, die Überprüfung der Antragsteller*innen zu dezentralisieren und den Mitgliedern der 14 Regionalräte in ihren Wahlkreisen zu übertragen (Brandt 2020; Oliveira 2020).¹³ Folgende Äußerungen wurden von Yokany Oliveira und Ester Mbathera (2020) dokumentiert, die für die größte Zeitung, *The Namibian*, arbeiten und illustrieren die Lage:

13 Die Mitglieder der Regionalräte kandidieren in Wahlkreisen und sind die einzigen direkt gewählten Vertreter*innen, während die Nationalversammlung aufgrund landesweiter Partei-Listen gewählt wird, d.Ü.

- Desiree Kahenge, eine 31-jährige Unternehmerin, die in Tsumeb verderbliche Waren verkauft:

„Wir fürchten, die Einkommenszuwendung wird uns nicht erreichen. [...] Wir fürchten, dass gewisse Versprechungen niemals bei den Leuten ankommen, denen sie nutzen sollen.“

- Talaohole Shilongo (36) Obstverkäufer in Kuisebmond (Swakopmund):

„Ich weiß nicht, was sie mit meiner Identitätsnummer anstellen werden. Vielleicht werden sie sagen, ich hätte für Itula¹⁴ gestimmt, und dann werden sie alles verhindern, was ich künftig anfangen will. Warum können wir nicht unsere Vereinigung registrieren lassen, wie wir das immer in allen anderen Fällen getan haben?“

- Salomo Mwaimbange, Friseur aus Swakopmund:

„Ich habe den Antrag gestellt, aber überhaupt nichts mehr gehört. Ich glaube nicht, dass die Verwaltung alle unsere Anträge bearbeiten kann. Die zur Verfügung stehende Zeit ist zu kurz.“

Diese Meinungsäußerungen zeigen nicht nur, dass einfache Bürger*innen der Regierung auch in einer lebensbedrohlichen Situation mit Misstrauen begegnen, sie erlauben auch einen Einblick, wie normale Bürger*innen es der Regierung nicht mehr zutrauen, für ihre Wohlfahrt zu sorgen. Misstrauen und Hoffnungslosigkeit werden verständlich, wenn man bedenkt, dass es sukzessive Regierungen derselben SWAPO waren, die über 30 Jahre nach der Unabhängigkeit hinweg das BIG und andere Initiativen für soziale Gerechtigkeit abgelehnt haben.

Social Security Commission (SSC) – Economic Stimulus Package

Das Finanzministerium rief gemeinsam mit der SSC das SCC ESP ins Leben, das ein nationales Beschäftigungs- und Gehaltsschutzprogramm (*National Employment and Salary Protection Scheme – NESPS*) umfasst, um Jobs und Gehälter in stark betroffenen Branchen abzusichern (Kahiurika 2020). Das Programm kostet 320 Mio. N\$, und die Kommission erklärte, dass es sich beim NESPS für COVID-19 um ein Beschäftigungsprogramm handle, das auf dem Abschnitt 37 des *Social Security Act* (34/1994) beruhe. Das Programm solle die Anstrengungen der Regierung der Republik Namibia (durch das Finanzministerium und der SSC) miteinander verbinden, um erstens Arbeitgeber*innen davon abzubringen, Angestellte kurzfristig zu entlassen,

14 Zweitstärkster Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen im November 2019, d.Ü.

und zweitens Personen zu unterstützen, die aufgrund von COVID-19 Einkommensverluste erlitten haben (SSC 2020: 1).

Das NESPS soll die Löhne in drei Sektoren subventionieren, nämlich Bau, Tourismus und Luftfahrt, von denen festgestellt wurde, dass sie besonders stark betroffen sind. Für andere sollte zu einem späteren Zeitpunkt gesorgt werden (Deloitte 2020b; Kahiurika 2020). Arbeitgeber*innen die Zuwendungen aus dem NESPS erhalten, werden die Beiträge zur SSC erlassen, und sie erhielten für drei Monate (April, Mai, Juni 2020) vom Staat einen Barzuschuss in Höhe von 17 Prozent der gesamten Lohnsumme. Die Arbeitgeber*innen sollen während dieser Zeit auf Entlassungen verzichten, und die Löhne sollen nicht um mehr als 50 Prozent gekürzt werden (Deloitte 2020b; Kahiurika 2020). Ferner beschränkt sich dieses Programm auf Angestellte mit einem Jahresverdienst von unter 50.000 N\$, was monatlich etwa 4.166 N\$ oder weniger entspricht. Es wird erwartet, dass dies am Ende 12.000 Lohnabhängigen mit niedrigem Einkommen zugutekommt und 320 Mio. N\$ kosten wird. Der Lohnzuschuss für Arbeitnehmer ist begrenzt auf 50 % des Monatsgehalts eines Arbeitnehmers und beträgt mindestens 1.000 N\$ pro Monat für 3 Monate. Kleine mittlere Unternehmen¹⁵, ihre Angestellten und Hausangestellte im informellen Sektor sollen über drei Monate hinweg 1.000 N\$ pro Monat erhalten, während diejenigen, die bei der Organisation *Man on the Side of the Road* registriert sind und auch andere informelle Händler*innen eine einmalige Pauschalzahlung von 3.000 N\$ bekommen sollen, was 9 Mio. N\$ ausmacht (Deloitte 2020b). Der Schwerpunkt von NESPS liegt auf dem Schutz von Armen mit niedrigem Einkommen. Es verdient festgehalten zu werden, dass der Verlust von Einkommen und Arbeitsplatz in Namibia keine neue Erscheinung ist. So gingen im Verlauf der ökonomischen Kämpfe während der Jahre 2016/17 60.000 Jobs verloren (Iikela 2018; Erastus 2019). Vor COVID-19 wurde erwartet, dass diese Zahlen wegen des schleppenden Gangs der wirtschaftlichen Erholung steigen würden; jetzt sind sie wegen des Lockdowns ganz sicher höher. Vor COVID-19 und dem dann folgenden Lockdown zeigte die Regierung kein ernsthaftes Engagement, um die Ärmsten vor den Folgen eines schlechten Wirtschaftsverlaufs zu schützen. Dies ist erst jetzt während der COVID-19-Pandemie zu beobachten.

Zugang zu Wasser

Die Vorbeugung gegen COVID-19 beruht auf der Beachtung von Hygienemaßregeln, die wiederum Wasser erfordern. Das ESP sah Subventionen

¹⁵ *Small Medium Enterprise (SME)*, fester Terminus in der namibischen Industriepolitik, d.Ü.

für die Wasserversorgung während der Zeit des Lockdowns vor. Die Erklärung des Notstands durch den Präsidenten veranlasste den Minister für Städtische und Ländliche Entwicklung, alle Kommunalverwaltungen anzuweisen, Haushalte, die wegen Zahlungsrückständen von der Wasserversorgung abgeschnitten worden waren, wieder anzuschließen (Republic of Namibia 2020b). Ferner waren alle kommunalen sowie Wasserstellen in städtischen informellen Ansiedlungen nun ohne Schlüsselkarten oder Wertmünzen zugänglich. Diese Intervention bei der Wasserversorgung wird die Regierung schätzungsweise 10 Mio. N\$ kosten (Shiimi 2020). Dies war eine notwendige Intervention, und die ärmsten Menschen in den kommunalen Gebieten¹⁶ und den informellen Ansiedlungen hatten davon den größten Nutzen, weil der Zugang zu Trinkwasser seit der Unabhängigkeit ein ernstliches Problem dargestellt hat. Eine Videoaufnahme, die in den sozialen Medien weite Verbreitung gefunden hat und einen älteren Mann aus der improvisierten informellen Ansiedlung Otjomuise in Windhoek zeigt, der ruft: „freies Wasser, freies Essen, *viva Hage Geingob*“, hat deutlich gemacht, was dies für normale Namibier*innen bedeutet, die 30 Jahre auf eine derartige Freundlichkeit gewartet haben. Die Kommunalverwaltungen entwickelten weitere Initiativen, etwa die Stadtverwaltung von Windhoek, die 8,9 Mio. N\$ für die Abmilderung der Risiken bereitstellte, die COVID-19 bei der Bereitstellung kommunaler Dienstleistungen nach sich zog.

Die Stadt spendete außerdem 300.000 N\$ aus dem Beistandsfonds des Bürgermeisters für die zentralen COVID-19-Bekämpfungsmaßnahmen. Wie berichtet wurde, hatte die Stadt Windhoek bis zum 31. März 2020 1.200 Haushalte wieder ans Wassernetz angeschlossen, die zuvor wegen Zahlungsrückständen abgekoppelt worden waren, und weitere sollten folgen (Nel 2020). Ferner berichtet Yolanda Nel (ebd.), dass in den informellen Ansiedlungen in Windhoek 18 Wassertanks aufgestellt wurden, um die dort lebenden Mitglieder der Gemeinschaften kostenfrei mit Wasser zu versorgen. Es wurde ein System etabliert, nach dem diese Tanks alle zwei Tage neu aufgefüllt werden. Die SSC stellte 3,3 Mio. N\$ zur Verfügung, um Wassertanks in mehreren Gegenden in Windhoek aufzustellen, in erster Linie in Gemeinschaften mit niedrigem und extrem niedrigem Einkommen. Weitere 500.000 N\$ wurden zum selben Zweck der Erongo-Region gespendet. Der Telekommunikationsriese Namibias, das staatliche Unternehmen *Mobile Telecommunications* (MTC) ist auf diesen Zug aufgesprungen und hat 100.000 N\$ für die Wasserversorgung bereit gestellt (Nel 2020), während Namibias Energieversorgungsunternehmen *NamPower* 90 Wassertanks an

16 Gebiete, die traditionellen Gemeinschaften zugeordnet sind, im Unterschied zum kommerziellen Farmland; d.Ü.

informelle Ansiedlungen gespendet hat (Rasmeni 2020). Plötzlich stellten die Schrecken des Wassermangels für die meisten Namibier*innen – wenn auch vorübergehend – kein Problem mehr dar.

Bereitstellung von Toiletten, Wohnraum und Nahrungsmitteln

Verschiedene öffentliche und private Instanzen sind auf den Zug der Philanthropie aufgesprungen und spenden Hilfe für die Armen. NamPower hat informellen Ansiedlungen in Windhoek, Okahandja und der Erongo-Region 150 Toiletten und Desinfektionsmittel gespendet (Rasmeni 2020). Sein Geschäftsführender Direktor, Kahenge Haulofu, ist sich der Existenz der Verletzlichen und Armen bewusst und äußerte sein Mitleid:

„Obwohl alle auf die eine oder andere Weise betroffen sind, sind diejenigen, die es wohl am härtesten trifft, die Verletzlichsten und Armen unter den Gemeinschaften, die nicht über die nötigen Mittel oder über Zugang zu den wesentlichen Grundlagen verfügen, um die Pandemie zu verhüten und zu bekämpfen.“ (ebd.)

Seine Kollegin, die Chief Executive der SSC, Milka Mungunda, übernahm für die SSC Verantwortung, weil es die Verantwortung aller sei, den Armen, und vor allem denjenigen in erbärmlichen informellen Ansiedlungen, zu helfen (Nel 2020). Aufgrund der Wohnungssituation in Namibia waren die Durchführung des Notstands und der Lockdown-Bestimmungen absehbar eine große Herausforderung. In der Hauptstadt Windhoek ging der Telekommunikationsgigant MTC schnell daran, Obdach für die Wohnungslosen zu bieten und spendete Decken, Matratzen und 120 Zelte, die 240 Wohnungslose im *Katutura Youth Complex Stadium* und im Fußballstadion von Khomasdal aufnehmen sollten. Diese Spenden erlaubten es den Wohnungslosen, dauernd in diesen Zelten zu bleiben und so die Lockdown-Regeln einzuhalten. MTC sorgte außerdem dafür, dass diese wohnungslosen Menschen während des Lockdown mit Nahrungsmitteln versorgt wurden (Bayer & Newaka 2020; Namibian Sun 2020).

MTC stellte ferner 1 Mio. N\$ bereit, um verarmte Gemeinschaften während des Lockdowns mit Seife, Desinfektionsmitteln und Nahrungsmittelpaketen zu versorgen. *Namib Mills*, das größte Getreideverarbeitungsunternehmen in Namibia, spendete 2,9 t Maismehl und 1,3 t Pasta im Wert von 75.000 N\$, um die Nahrungsmittelversorgung betroffener Gemeinschaften zu sichern und ihre Abwehrkräfte zu stärken (Namibian Broadcasting Corporation 2020).

Laptops für Studierende

Die COVID-19-Pandemie führte in den Hochschulinstitutionen in Namibia dazu, dass persönliche Kontaktsituationen aufgrund des Lockdowns abgebrochen wurden. Deshalb sind verschiedene Institutionen zur online-Lehre übergegangen. Dabei wurden digitale Lern-Plattformen entscheidend, um das Lernen und Lehren während der Zeit des COVID-19 Lockdowns zu ermöglichen. Für die Studierenden ist der Zugang zu Computern daher unverzichtbar, um einen ununterbrochenen Lernprozess zu gewährleisten (Nakale 2020). Dies traf freilich auf eine Reihe von Schwierigkeiten, weil nicht alle Studierenden Zugang zu Laptops und Computern haben und es daher für sie schwierig ist, auf das Material für E-Learning zuzugreifen. Als Reaktion auf die Problematik mit COVID-19 hat der *Namibia Students Financial Assistance Fund* (NSFAF) angekündigt, 282 Mio. N\$ für Studierende mit einer Höchstgrenze von 10.000 N\$ pro Studierende*r bereitzustellen, damit die Studierenden Laptops und andere Hilfsmittel erwerben können, die für das E-Learning erforderlich sind (Kandovazu 2020).

Schluss – es ist möglich, dank COVID-19

Eines der Argumente, die immer wieder von Regierungsbeamt*innen gegen die Ausweitung sozialer Wohlfahrtsprogramme vorgebracht werden, betrifft die hohen Kosten. Gemäß seiner neoliberalen Linie betont der Staat ständig, dass die Wirtschaft durch den Privatsektor aufgebaut wird und seine Aufgabe sich im Wesentlichen darauf beschränkt, ein günstiges Umfeld zu schaffen (Amupanda 2017). Wie wir und andere argumentiert haben, hat dieser Weg über 30 Jahre hinweg keine erkennbaren Früchte getragen – Namibia ist und bleibt eines der ungleichsten Länder der Welt.

Zu einem Zeitpunkt, als es geringe Fallzahlen und keine Todesfälle gab – im Vergleich zum Hepatitis-E-Virus, der heute noch immer aktiv ist – hat COVID-19 offengelegt, was der Staat immer abgestritten und nicht zugelassen hatte, seinen interventionistischen Charakter. Wohl aus Sorge vor Übertreibungen seitens des Staates im Hinblick auf COVID-19, beklagte Dr. Bernard Haufiku, ehemaliger Gesundheitsminister und früher zentrale Person im Team zur Reaktion auf COVID-19, dass der Staat sich anscheinend ausschließlich auf COVID-19 konzentrierte und Hepatitis E vergesse (Ikela 2020). Es wurde klar, dass der Staat tatsächlich in der Lage ist, die Armen auf sinnvolle Weise zu unterstützen.

Ungeachtet seiner über 15 Jahre durchgehaltenen Ablehnung der Einführung des BIG, hat der Staat nun die Richtung geändert. Vereinfacht

gesagt und wenn es um Semantik ginge, so besteht der einzige Unterschied zwischen dem BIG und dem EIG in den Wörtern „basic“ und „emergency“. Das Grundprinzip und die Methode – die Armen mit Geldzahlungen zu unterstützen – sind genau gleich. Aktivist*innen für soziale Gerechtigkeit haben immer betont und tun es weiter, dass die Lage der Armen, die in verarmten Gemeinschaften leben, immer einen Notfall dargestellt hat. Wenn eine Notsituation eine Einkommenszuwendung rechtfertigt, dann ist das mit oder ohne COVID-19 erforderlich. Wie schon erwähnt, hat Präsident Hage Geingob die Lage in den informellen Ansiedlungen, wo nahezu eine Mio. Namibier*innen wohnen, 2019 zur humanitären Krise erklärt. Es sind die Betroffenen von humanitären Krisen, die Hilfe benötigen – mit oder ohne COVID-19. Das BIG sah eine Zuwendung von 100,00 N\$ pro Monat vor, während das EIG einmalig 750 N\$ vorsah, was auf nahezu 600 Mio. N\$ hinausläuft. Unter der Voraussetzung, dass ein revidiertes BIG 500.000 Adressat*innen haben könnte, würde ein Betrag wie die Einmalzahlung des EIG für diese Menschen ein BIG von 100 N\$ im Monat für ein Jahr ermöglichen. COVID-19 hat nicht nur bewiesen, dass der Staat auf der Seite der Armen intervenieren kann, es hat auch gezeigt, dass der Staat ein BIG durchführen kann.

Während der Kampf für einen besseren Schutz der Arbeit im Allgemeinen und für allgemeine Mindest- und existenzsichernde Löhne im Besonderen in den letzten 30 Jahren nicht vom Staat unterstützt wurde, haben die Initiativen des Staates, einschließlich des mit 320 Mio. N\$ dotierten Nationalen Beschäftigungs- und Gehaltsschutzprogramm (*National Employment and Salary Protection Scheme*) des SSC gezeigt, dass ein Dialog für bessere Arbeitsbedingungen, der an staatlichen Interventionismus über die bestehenden Parameter hinausgeht, zum besseren Schutz der Arbeitnehmer möglich ist. Die Reaktion auf COVID-19 bietet eine fruchtbare Grundlage zur Mobilisierung für den Kampf um einen das Leben ermöglichenden Mindestlohn in der Zeit nach COVID-19. Regierungsvertreter*innen haben immer behauptet, kostenlose höhere Bildung sei nicht möglich. Die Bereitstellung von 282 Mio. N\$, um höhere Bildungsinstitutionen außerhalb der Studiengebühren beim Kauf von Ausrüstung für die Lehre zu unterstützen, gibt dem Kampf für kostenlose Hochschulbildung einen neuen Schub. Die Förderung von 10 Mio. N\$, die es Kommunalbehörden ermöglicht hat, Haushalte wieder an die Wasserversorgung anzuschließen, deren Wasser abgestellt worden war, ist nicht nur eine willkommene Hilfe für die Armen, sondern zugleich ein trauriger Beleg dafür, dass tausende Namibier*innen aufgrund von Zahlungsverzug kein Wasser haben. Ein

Grundbedürfnis wie Wasser sollte den Armen nicht nur aufgrund einer Pandemie zugänglich sein.

Dass verschiedene öffentliche Einrichtungen mit beträchtlicher Finanzstärke wie u.a. MTC, SSC und NamPower sich schnell bewegt haben, dass ihre Vorstände engagierte, von Mitleid geprägte Reden gehalten haben, um den Wohnungslosen Unterkunft zu bieten, sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen und die Kommunalbehörden bei der Bereitstellung von Wasser und Abwassereinrichtungen zu unterstützen, stellt die Frage – was wäre, wenn dies nicht eine einmalige Intervention wäre, sondern zu einer dauerhaften Komponente ihrer sozialen Verantwortung gemacht würde? Würde damit nicht in hohem Maße der seit 30 Jahren zu vernehmende Schrei nach angemessener Unterkunft, nach Wasser und Abwassereinrichtungen beantwortet? In der Tat hat COVID-19 gezeigt, dass die Sache der sozialen Gerechtigkeit edel ist und der Staat in der Lage, zu reagieren und zu intervenieren, um der Ungleichheit entgegenzuwirken und die Armen zu retten, die im neo-liberalen Sumpf versinken.

Es brauchte COVID-19, damit Staatsbeamt*innen zur Besinnung kamen und implizit den meisten der Argumente zustimmten, die Aktivist*innen für soziale Gerechtigkeit schon seit Jahren vorgebracht hatten. Es handelt sich nicht nur darum, dass die Vorschläge akzeptiert, sondern dass sie auch umgesetzt werden. Man kann jetzt sagen, dass im unabhängigen Namibia zwei Einkommenszuwendungen durchgeführt worden sind, BIG 2009 und EIG 2020. Es wird zum Zweck der Mobilisierung darauf verwiesen werden, dass der Staat und die öffentlichen Einrichtungen nachgewiesen haben, dass es möglich ist, die Armen, die Wohnungslosen und die wirtschaftlich Verelendeten dabei zu unterstützen, ihre Grundbedürfnisse wie Unterkunft, Wasser und Abwassereinrichtungen zu decken. Und der Staat hat wirklich gezeigt, dass Arbeiter*innen und Studierende durch eine Ausweitung der Initiativen zur Arbeitsplatzsicherheit und bei der Beschaffung von Unterrichtsmaterial unterstützt werden können. Es ist verständlich, dass der Staat die interventionistische Ordnung während der COVID-19-Pandemie nicht auf Dauer stellen wird. Es liegt daher an den Aktivist*innen für soziale Gerechtigkeit, sich neu zu organisieren und zu mobilisieren, um die augenblickliche Konstellation mit COVID-19 zu nutzen, damit sichergestellt wird, dass soziale Gerechtigkeit eine zentrale Rolle in der politischen Strategie und Orientierung der Regierung nach COVID-19 erhält.

Übersetzung aus dem Englischen: Reinhart Kößler

Literatur

- Amukugo, Elizabeth Magano (2017): „Democracy, Education and Social Justice: Theoretical Perspectives“. In: Amukugo, Elizabeth Magano (Hg.): *Democracy and Education in Namibia and Beyond: A Critical Appraisal*, Windhoek, S. 8-23 (<https://doi.org/10.2307/j.ctvh8r3gn.7>).
- Amupanda, Job Shipululo (2017): „Constitutionalism and Principles of Economic Order. Examining Namibia's ‚Mixed Economy‘ and the Economic Asylum of Neoliberalism“. In: *Journal of Namibian Studies*, Nr. 21, S. 7-26.
- Asante, Samuel K., & Wilfred W. Asombang (1989): „An Independent Namibia? The Future Facing SWAPO“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 11, Nr. 3, S. 1-19 (<https://doi.org/10.1080/01436598908420171>).
- Ashipala, Nuusita (2019): „Nearly 1 Million Namibians Live in Informal Settlements“. In: *New Era Live*, 20.8.2019, <https://neweralive.na/posts/nearly-1-million-namibians-live-in-informal-settlements>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Basic Income Grant Coalition (2009): *Making the Difference! The BIG in Namibia*. Windhoek.
- Bayer, Roxane, & Terttu Newaka (2020): „Coronavirus Briefs: MTC Shelters Homeless During Lockdown“. In: *The Namibian* (Windhoek), 15.4.2020, <https://www.namibian.com.na/90238/read/Coronavirus-Briefs-MTC-shelters-homeless-during-lockdown>, letzter Aufruf: 27.4.2020.
- Beukes, Jemima (2020): „394 000 Emergency Grant Applicants Rejected“. In: *Namibian Sun* (Windhoek), 6.5.2020, <https://www.namibiansun.com/news/394-000-emergency-grant-applicants-rejected2020-05-05>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Boer, Martin (2005): „Taking a Stand: Comparing Namibia's Political Party Platforms“. In: Hunter, Justine (Hg.): *Spot the Difference: Namibia's Political Parties Compared*, Windhoek, S. 9-60.
- Brandt, Edgar (2020): „148.000 Grant Applications Rejected“. In: *New Era Live*, 22.4.2020, <https://neweralive.na/posts/148-000-grant-applications-rejected>, letzter Aufruf: 22.4.2020.
- Deloitte (2020a): *COVID-19 Pandemic: Announcement of Economic Stimulus and Relief Package by the Minister of Finance*. Windhoek.
- Deloitte (2020b): *COVID-19 Pandemic: SSC Economic Stimulus Package Announced*. Windhoek.
- Economic and Social Justice Trust (2019): *Basic Income Grant, Otjivero, Namibia – 10 Years Later*. Windhoek.
- Erastus, Nghinomenwa (2019): „Job Losses Continue as Economy Struggles“. In: *The Namibian*, 14.8.2019, <https://www.namibian.com.na/191910/archive-read/Job-losses-continue-as-economy-struggles>, letzter Aufruf: 28.4.2020.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) (2014): *Working for Social Democracy in Namibia*. Windhoek.
- Gabone, Daria Dorose (2017): *An Assessment Study on the Provision of Affordable Housing in Namibia. The Case Study of Windhoek*, Windhoek, <http://hdl.handle.net/11070/2443>, letzter Aufruf: 18.11.2021.
- Geingob, Hage (2020): *Statement by His Excellency Dr. Hage Geingob at a Media Briefing on the National Migration from Stage 3 to Stage 4 & Erongo Region Specific Response*. Republic of Namibia: Office of the President, 22.6.2020, <http://www.op.gov.na/documents/84084/1079375/Statement+of+HE+President+Geingob+-+covid+Update+-+22+June+2020+2+FINAL.pdf/01017f13-b708-43dc-8f37-47df47570aac>, letzter Aufruf: 6.7.2020.
- Haarmann, Claudia, & Dirk Haarmann (2015): *Relief through Cash. Impact Assessment of the Emergency Cash Grant in Namibia*. Windhoek.

- Haidula, Tuyeimo (2016): „Sanitation Remains a Challenge“. In: *The Namibian*, 4.2.2016, <https://www.namibian.com.na/index.php?page=archive-read&id=147003>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Haidula, Tuyeimo (2019): „Over 200 Schools Have no Toilets“. In: *The Namibian*, 13.2.2019, <https://www.namibian.com.na/185607/archive-read/Over-200-schools-have-no-toilets>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Haidula, Tuyeimo, & Sonja Smith (2020): „Two Toilets for 900 Pupils“. In: *The Namibian*, 12.2.2020, <https://www.namibian.com.na/197908/archive-read/Two-toilets-for-900-pupils>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Hancox, Tony, & Ricardo Mukonda (2012): „Human Dignity and Democracy“. In: Sims, Bryan M., & Monica Koep (Hg.): *Unfinished Business: Democracy in Namibia*. Pretoria, S. 130-164.
- Iikela, Sakeus (2018): „Over 60 000 Jobs Lost in 2016/17“. In: *The Namibian*, 20.3.2017, <https://www.namibian.com.na/175624/archive-read/Over-60-000-jobs-lost-in-201617>, letzter Aufruf: 28.4.2020.
- Ikela, Selma (2020): „Haufiku: ‚All Eyes on COVID-19, Ignoring Hepatitis E‘“. In: *New Era Live*, 23.3.2020, <https://neweralive.na/posts/haufiku-all-eyes-on-covid-19-ignoring-hepatitis-e>, letzter Aufruf: 7.2.2020.
- Italtrend (2009): *Namibia Sanitation Situational Analysis Report*. Windhoek.
- Jantze, Zorena (2019): „Hepatitis E Slum Epidemic Nowhere Near over“. In: *Informanté*, 1.7.2019, <https://informante.web.na/?p=271630>, letzter Aufruf: 18.11.2021.
- Jauch, Herbert (2007): „Between Politics and the Shopfloor: Which way for Namibia’s Labour Movement?“ In: Melber, Henning (Hg.): *Transitions in Namibia. Which Changes for Whom?* Uppsala, S. 1-16.
- Jauch, Herbert (2014): „Namibia’s Labour Movement After 25 Years of Independence“. In: Friedrich-Ebert-Stiftung 2014, S. 43-75.
- Jauch, Herbert; Lucy Edwards & Braam Cupido (2009): *A Rich Country with Poor People: Inequality in Namibia*. Windhoek.
- Jauch, Herbert, & Ellison Tjirera (2017): „The Need for a Developmental State Intervention in Namibia“. In: Kanyenze, Godfrey; Herbert Jauch; Alice Kanengoni; Masego Madzwamuse & Deprose Muchena (Hg.): *Towards a Developmental State in Southern Africa*. Harare, S. 135-199 (<https://doi.org/10.2307/j.ctvh8r4hk.9>).
- Kahiurika, Ndanki (2020): „SSC Stimulus Package for Labour Sector“. In: *The Namibian*, 22.4.2020, <https://www.namibian.com.na/90465/read/SSC-stimulus-package-for-labour-sector>, letzter Aufruf: 18.11.2021.
- Kandjamba, Tango Olwenongo (2018): *Investigating Financing and Affordability of Higher Education at University of Namibia*. Windhoek.
- Kandovazu, Eba (2020): „NSFAF to pay 10k per Student to Tackle E-learning“. In: *Informanté*, 8.4.2020 <https://informante.web.na/?p=289765>, letzter Aufruf: 18.11.2021.
- LaRRI – Namibia Labour Resource and Research Institute (2000): *Export Processing Zones in Namibia: Taking a Closer Look*. Windhoek.
- Lennon, Jade (2018): *How Namibia’s Housing Shortage Became a Humanitarian Crisis*. 8.6.2018, <https://jade-lennon.medium.com/how-namibias-housing-shortage-became-a-humanitarian-crisis-eef05ba14b9b>, letzter Aufruf: 27.4.2020.
- Leys, Colin, & John S. Saul (1994): „Liberation Without Democracy? The Swapo Crisis of 1976“. In: *Journal of Southern African Studies*, Bd. 20, Nr. 1, S. 123-147 (<https://doi.org/10.1080/03057079408708390>).
- Lloyd, Allison (2020): *Inequality and Poverty in Namibia*. 12.8.2020, <https://borgenproject.org/inequality-and-poverty-in-namibia-2/>, letzter Aufruf: 20.12.2020.
- Lombardt, Ivin, & John Nakuta (2014): „Assessing the Role of Civil Society Organizations in Namibia“. In: Friedrich-Ebert-Stiftung 2014, S. 101-115.

- Mamdani, Mahmood, & Max Page (2009): *Should Higher Education be Free?* <https://www.nybooks.com/articles/2009/08/13/should-higher-education-be-free/>, letzter Aufruf: 27.4.2020.
- Masawi, Tiri (2019): „ILO Lauds Namibia’s Efforts in Creating a Minimum Wage“. In: *The Southern Times*, 25.10.2019.
- Melber, Henning (2007): „SWAPO Is the Nation, and the Nation Is SWAPO: Government and Opposition in a Dominant Party State, The Case of Namibia“. In: Melber, Henning (Hg.): *Political Opposition in African Countries: The Cases of Kenya, Namibia, Zambia and Zimbabwe*, Uppsala, S. 61-83.
- Melber, Henning (2010): „Namibia: Social Justice and Solidarity – Think BIG“. In: *Pambazuka News*, 10.6.2010, <https://www.pambazuka.org/activism/namibia-social-justice-and-solidarity---think-big>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Menges, Werner (2020): „COVID-19 ‚Fake News‘ Now a Crime“. In: *The Namibian*, 18.4.2020, <https://www.namibian.com.na/90373/read/covid-19-fake-news-now-a-crime>, letzter Aufruf: 28.4.2020.
- Miyanicwe, Clemans (2020): „Bars Closed in Kunene and Otjozondjupa Regions“. In: *The Namibian*, 28.3.2020, <https://www.namibian.com.na/89748/read/Bars-closed-in-Kunene-and-Otjozondjupa-regions>, letzter Aufruf: 28.4.2020.
- Nakale, Albertina (2019): „Discarding Shacks no Election Ploy: Geingob“. In: *New Era Live*, 30.1.2019 <https://neweralive.na/posts/discarding-shacks-no-election-plot-geingob>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Nakale, Albertina (2020): „NSFAF to Pay Out N\$10 000 to over 22 000 Students“. In: *New Era Live*, 14.4.2020, <https://neweralive.na/posts/nsfaf-to-pay-out-n10-000-to-over-22-000-students>, letzter Aufruf: 28.4.2020.
- Nakatana, Festus (2020): „Geingob Drops Cabinet Surprises“. In: *New Era Live*, 23.3.2020, <https://neweralive.na/posts/geingob-drops-cabinet-surprises>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Namibian Broadcasting Corporation (2020): *Businesses Answer Call for COVID-19 Response Assistance*. <https://www.nbc.na/news/businesses-answer-call-covid-19-response-assistance.29690>, letzter Aufruf: 27.4.2020.
- Namibian Sun (2020): „MTC Houses the Homeless“. In: *Namibian Sun*, 14.4.2020, <https://www.namibiansun.com/news/mtc-houses-the-homeless2020-04-13>, letzter Aufruf: 14.4.2020.
- Navarro, Vicente (2007): „Neoliberalism as a Class Ideology; Or, the Political Causes of the Growth of Inequalities“. In: *International Journal of Health Services*, Bd. 37, Nr. 1, S. 47-62 (<https://doi.org/10.2190/AP65-X154-4513-R520>).
- Ndhlovu, Pauline, & Dietrich Remmert (2018): *Housing in Namibia: Rights, Challenges and Opportunities*, Windhoek.
- Nel, Yolanda (2020): „CoW Approves N\$8.9 Million for COVID-19“. In: *Windhoek Express*, 31.3.2020, <https://www.we.com.na/news/cow-approves-n89-million-for-covid-192020-03-31>; letzter Aufruf: 27.4.2020.
- New Era Live (2018): „Minimum Wage for Domestic Workers up by 4.15%“. In: *New Era Live*, 2.11.2020, <https://neweralive.na/posts/minimum-wage-for-domestic-workers-up-by-415>, letzter Aufruf: 27.4.2020.
- New Era Live (2020): „Poverty and Inequality in Namibia“. In: *New Era Live*, 18.9.2020, <https://neweralive.na/posts/letter-poverty-and-inequality-in-namibia>, letzter Aufruf: 20.12.2020.
- Ngatjiheue, Charmaine (2020): „Govt Rolls Out N\$8,1b COVID-19 Stimulus“. In: *The Namibian*, 2.4.2020, [https://www.namibian.com.na/89867/read/Govt-rolls-out-N\\$81b-covid-19-stimulus](https://www.namibian.com.na/89867/read/Govt-rolls-out-N$81b-covid-19-stimulus), letzter Aufruf: 27.4.2020.
- Ngutjinazo, Okeri (2020): „Informal Sector Gets Lifeline“. In: *The Namibian*, 15.4.2020, <https://www.namibian.com.na/90233/read/Informal-sector-gets-lifeline>, letzter Aufruf: 27.4.2020.

- Ngutjinazo, Okeri, & Ndanki Kahuirika.(2019): „Shacks ‚offend‘ Geingob ... Wants them Gone in 5 Years“. In: *The Namibian*, 30.1.2019, <https://www.namibian.com.na/185139/archive-read/Shacks-offend-Geingob-wants-them-gone-in-5-years>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Nunuhe, Magreth (2019): „Still Counting the Cost of Free Education“. In: *The Southern Times*, 4.2.2019.
- Oliveira, Yokany (2020): „First Batch of Grant Beneficiaries Paid“. In: *The Namibian*, 16.4.2020, <https://www.namibian.com.na/90270/read/First-batch-of-grant-beneficiaries-paid>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Oliveira, Yokany, & Ester Mbathera (2020): „Concerns over Emergency Income Grant“. In: *The Namibian*, 14.4.2020, <https://www.namibian.com.na/90193/read/Concerns-over-Emergency-Income-Grant>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Rasmeni, Mandisa (2020): „NamPower Joins Fight Against COVID-19 with Toilets, Water Tanks and Sanitising Agent“. In: *Namibia Economist*, 22.4.2020, <https://economist.com.na/52440/general-news/nampower-donates-towards-the-covid-19-pandemic/>, letzter Aufruf: 27.4.2020.
- Remmert, Dietrich (2016): *Water Governance in Namibia: A Tale of Delayed Implementation, Policy Shortfalls, and Miscommunication*. Windhoek.
- Republic of Namibia (1990): *Constitution of the Republic of Namibia*. Windhoek.
- Republic of Namibia (2001): *Education Act (Act No. 16 of 2001), as Amended*. Windhoek.
- Republic of Namibia (2004): *Namibia Vision 2030, Policy Framework for Longterm National Development (Main Document)*. Windhoek.
- Republic of Namibia (2009): *National Housing Policy*. Windhoek.
- Republic of Namibia (2017): *NDP4 Terminal Report 2012/13-2016/17*. Windhoek.
- Republic of Namibia (2020a): *State of Emergency COVID-19 Regulations: Namibian Constitution, as Amendend*. Windhoek.
- Republic of Namibia (2020b): *Government Notice No. 104 – Directive Relating to Regional Councils and Local Authority Councils: COVID-19 Regulations*. Windhoek.
- Rodney, Walter (1972): *How Europe Underdeveloped Africa*. London.
- Roemer, John (1994): *A Future for Socialism*, Cambridge, MA-US (<https://doi.org/10.1177/0032329294022004003>).
- Schmidt, Matthias (2009): *Poverty and Inequality in Namibia: An Overview*. Windhoek.
- Sepúlveda, Magdalena (2012): „Unacceptable Inequalities Persist 20 Years after Independence – UN Poverty Expert“. In: *Relief Web*, 8.10.2012, <https://reliefweb.int/report/namibia/%E2%80%9CUnacceptable-inequalities-persist-20-years-after-independence%E2%80%9D-%E2%80%93un-poverty-expert>, letzter Aufruf: 22.4.2020.
- Shangula, Kalumbi (2020a): *Update by Dr. Kalumbi Shangula, Minister of Health and Social Services on COVID-19 in Namibia*. Windhoek.
- Shangula, Kalumbi (2020b): *Countrywide Lockdown on Account of COVID-19 Pandemic*. Windhoek.
- Shiimi, Iipumbu (2020): *Media Statement – Economic Stimulus and Relief Package: Impact of COVID-19 on the Economy and Households*. Windhoek.
- Shikalepo, Elock E. (2019): „The Constitutionality of Free Education in Namibia: A Statutory Review“. In: *International Journal of Latest Research in Humanities and Social Science*, Bd. 2, Nr. 9, S. 115-121.
- Shikongo, Arlana (2020): „Partial Lockdown in Effect from Friday“. In: *The Namibian*, 24.3.2020, <https://www.namibian.com.na/199422/archive-read/Partial-lockdown-in-effect-from-Friday> (28.4.2020).
- Shinovenue, Immanuel (2015): „Namibia’s House Prices Spark Land Grab Fears“. In: *Mail & Guardian* (Johannesburg), 10.2.2015, <https://mg.co.za/article/2015-02-19-namibias-house-prices-spark-land-grab-fears/>, letzter Aufruf: 28.4.2020.

- Smit, Nico (2011a): „Shangula Argues BIG will only ‚Alleviate Poverty‘“. In: *The Namibian*, 12.8.2011, <https://www.namibian.com.na/83953/archive-read/Shangula-argues-BIG-will-only-alleviate-poverty>, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- Smit, Nico (2011b): „Housing Backlog Blamed on Slow Land Delivery“. In: *The Namibian*, 31.10.2011, <https://www.namibian.com.na/index.php?id=87489&page=archive-read>, letzter Aufruf: 27.4.2020 (<https://doi.org/10.14436/2358-2545.10.1.027-031.oa>).
- SSC – Social Security Commission (2020): *National Employment and Salary Protection Scheme for Covid19*. 20.4.2020, https://www.ssc.org.na/resources/STIMULUS_PACKAGE_INFORMATION.pdf, letzter Aufruf: 7.5.2020.
- SWAPO – South West Africa People’s Organisation (1981): *To Be Born a Nation: The Liberation Struggle for Namibia*. London.
- SWAPO – South West Africa People’s Organisation (1989): *SWAPO Election Manifesto*. Windhoek.
- The World Bank (2017): *Does Namibia’s Fiscal Policy Benefit the Poor and Reduce Inequality?* 13.6.2017, <https://www.worldbank.org/en/country/namibia/publication/does-namibias-fiscal-policy-benefit-the-poor-and-reduce-inequality>, letzter Aufruf: 27.4.2020.
- The World Bank (2019): *Overview – Namibia*. 4.10.2019, <https://www.worldbank.org/en/country/namibia/overview>, letzter Aufruf: 28.4.2020.
- UNDP – United Nations Development Programme (2019): *Human Development Report 2019: Beyond Income, Beyond Averages, Beyond Today: Inequalities in Human Development in the 21st Century*. 11.12.2019, <http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr2019.pdf>, letzter Aufruf: 13.5.2020.
- USAID – United States Agency for International Development (2006): *Quality Primary Education*. <https://web.archive.org/web/20080816151933/http://www.usaid.gov/na/so2.htm>, letzter Aufruf: 27.4.2020.
- Van Rooy, Gert; Benjamin Roberts; Christa Schier; Jannie Swartz & Sebastian Levine (2006): „Income Poverty and Inequality in Namibia“. In: *Multi-Disciplinary Research and Consultancy Centre*. Windhoek, S. 1-19.
- Vigne, Randolph (1987): „SWAPO of Namibia: A Movement in Exile“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 9, Nr. 1, S. 85-107 (<https://doi.org/10.1080/01436598708419963>).
- WHO – World Health Organisation (2020): *Coronavirus Disease 2019 (COVID-19): Situation Report – 78*. 19.12.2020, <https://covid19.who.int/>, letzter Aufruf: 20.12.2020.

Anschriften der Autoren:

Ralph Marenga
rmarenga@unam.na

Job Shipululo Amupanda
jamupanda@unam.na